

Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Die Wirtschaft der Europäischen Union (EU) hat sich 1994 – dem Jahr, in dem die Zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit Änderungen im Bereich der Wirtschaftspolitik begann – bemerkenswert gut von der rezessiven Entwicklung erholt und ist deutlich in den Bereich positiven Wachstums zurückgekehrt¹. Maßgeblich wurde das Produktionswachstum durch Ausfuhren und Investitionen stimuliert. Die Leistungsbilanz wies, wie im Vorjahr, einen Überschuß auf. Der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise in der EU blieb nicht zuletzt als Konsequenz der seit mehreren Jahren stabilitätsorientierten Geldpolitik und der durch gedrückte Kapazitätsauslastung insgesamt anhaltend hohen Wettbewerbsintensität verhalten. Besorgniserregend bleibt weiterhin die Haushaltslage. Das Defizit in Relation zum BIP verringerte sich trotz des Aufschwungs nur gering. Die Bruttoschuldenquote ist, wenn auch nicht so stark wie im Vorjahr, weiter angewachsen. Für die Einschätzung der Stärken und Schwächen von EU-Währungen werden zunehmend die Konvergenzkriterien von Maastricht als Richtschnur herangezogen². Größte Herausforderung in der EU bleibt weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit, die 1994 ihren Höhepunkt erreichte. Die Arbeitsmarktsituation spiegelt nicht zuletzt die überall vorhandenen beträchtlichen Strukturprobleme wider, die weitere angebotspolitische Maßnahmen erforderlich machen. Durch den Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden 1995 besteht die EU nunmehr aus 15 Staaten und wird dadurch ihr Gewicht als Wirtschaftsfaktor deutlich verstärken.

Kräftige Zunahme des Wachstums

Die Weltwirtschaft befand sich 1994 wieder in kraftvoller Aufwärtsbewegung. Der Welthandel expandierte real – nach 4% 1993 – mit etwa 9% beträchtlich³. Wie zuvor in den USA setzte sich auch in der EU ein Aufschwung durch, und in Japan, dessen Wettbewerbsfähigkeit durch die starke Aufwertung des Yen gelitten hatte, belebte sich die Konjunktur ebenfalls. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer nahm – nach 1% im Vorjahr – um rund 3% zu. Die Wachstumsrate der USA hat sich 1994 gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt auf gut 4% erhöht, und der verhaltene Aufschwung in Japan manifestierte sich in einem Zuwachs des BIP von 0,6% (1993: -0,2%). Das reale BIP der EU, das 1993 noch um 0,5% zurückgegangen war, expandierte 1994 mit einer Wachstumsrate von 2,6%. Sie lag damit deutlich über den Vorausschätzungen der

Kommission⁴. Ihr Vergleich mit der Wachstumsrate der erholten Inlandsnachfrage von 2,1% verdeutlicht den signifikanten Beitrag des Außenwirtschaftssektors, wie die Tabelle über ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EU-Länder verdeutlicht. Erstmals seit 1989 wies keiner der EU-Staaten einen Wachstumsrückgang auf. Überwiegend lag die Wachstumsrate des realen BIP in einer Bandbreite von 2–3%. Unterhalb dieser Marge blieben nur die Wachstumsraten Portugals und Griechenlands, darüber lagen die Raten Großbritanniens, das schon 1993 die Rezession überwunden hatte, Dänemarks, Finnlands und – mit 6% von der Höhe her etwas aus dem Rahmen fallend – Irlands.

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EU-Länder

Jahresdurchschnitte bzw. Jahreswerte

Land ^a		Anstieg der Verbraucherpreise gegen Vorjahr in %	Langfristige Realzinsen in % p.a. ¹	Saldo der Leistungsbilanz		Reales Wachstum gegen Vorjahr in %		Arbeitslose in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (EG-Definition) ²	Finanzierungssaldo des öffentlichen Haushalts in % des BIP ³
				Mrd. US-\$	in % des BIP	BIP	Inlandsnachfrage		
Deutschland ⁴	1992	4,0 ^a	3,7 ^a	-22 ^b	-1,1 ^b	2,1 ^b	2,7 ^a	6,0 ^a	-2,6 ^b
	1993	4,2 ^a	2,2 ^a	-20 ^b	-1,1 ^b	-1,2 ^b	-1,4 ^b	7,0 ^b	-3,3 ^b
	1994	3,0 ^a	3,8 ^a	-25 ^b	-1,2 ^b	2,5 ^b	2,1 ^b	7,3 ^b	-2,9 ^b
Frankreich	1992	2,4	6,0	5	0,3	1,2	0,2	10,0	-3,9
	1993	2,1	4,6	10	0,8	-1,0	-1,8	10,8	-5,6
	1994	1,7	5,4	9	0,7	2,2	2,3	11,3	-5,6
Italien	1992	5,1	7,8	-28	-2,3	0,7	1,0	10,3	-9,5
	1993	4,5	6,5	11	1,2	-0,7	-5,6	11,1	-9,5
	1994	4,0	6,3	16	1,6	2,4	1,7	11,8	-9,6
Großbritannien	1992	3,7	5,2	-19	-1,8	-0,5	0,4	10,2	-6,2
	1993	1,6	5,8	-16	-1,7	2,0	2,1	10,4	-7,6
	1994	2,4	5,6	-9	-0,9	3,8	2,9	9,4	-6,3
Spanien	1992	5,9	5,5	-18	-3,2	0,8	1,1	18,2	-4,2
	1993	4,6	5,4	-6	-1,1	-1,1	-4,1	21,8	-7,5
	1994	4,8	5,0	-5	-1,0	2,2	-0,1	22,4	-7,0
Niederlande	1992	3,2	4,7	7	2,1	1,3	1,2	7,2	-3,9
	1993	2,6	3,7	10	3,3	0,3	-0,5	8,8	-3,3
	1994	2,7	4,1	11	3,3	2,3	1,7	10,0	-3,8
Belgien ⁵	1992	2,4	6,1	7	3,1	1,9	2,1	8,2	-6,7
	1993	2,8	4,3	12	5,7	-1,7	-1,7	9,4	-6,6
	1994	2,4	5,2	13	5,7	2,2	0,9	10,0	-5,5

Fortsetzung

Schweden	1992	2,3	7,5	-8	-3,1	-1,9	-2,2	5,4	-7,4
	1993	4,6	3,8	-2	-0,9	-2,1	-5,0	8,2	-13,5
	1994	2,2	7,2	2	1,1	2,2	1,2	7,7	-11,2
Österreich	1992	4,1	3,9	-0	-0,1	1,6	1,7	5,4	-2,0
	1993	3,6	3,0	-1	-0,5	-0,3	0,6	6,2	-4,2
	1994	3,0	3,9	-2	-0,8	2,8	3,6	6,0	-4,2
Däne- mark	1992	2,1	6,7	5	3,4	1,3	-0,6	9,5	-2,5
	1993	1,2	6,0	6	4,1	1,4	0,5	10,3	-4,4
	1994	2,0	5,7	3	2,3	4,8	6,9	10,2	-4,3
Finnland	1992	3,0	6,8	-5	-4,6	-4,0	-6,1	13,2	-5,8
	1993	2,1	6,0	-1	-1,1	-2,6	-7,2	18,0	-7,1
	1994	1,1	7,2	2	2,4	3,7	1,3	18,7	-4,6
Portugal	1992	8,9	5,9	-0	-0,2	1,1	4,7	3,9	-3,3
	1993	6,5	5,5	-0	-0,2	-1,2	-0,8	5,1	-7,2
	1994	5,3	5,3	-1	-1,6	1,1	-0,1	6,1	-6,2
Griechen- land	1992	15,8	10,0	-2	-2,2	0,9	1,6	8,7	-11,7
	1993	14,5	11,7	-1	-0,9	-0,5	0,3	9,7	-13,3
	1994	10,9	13,9	-1	-0,8	0,4	0,6	10,2	-14,1
Irland	1992	3,1	5,8	2	4,8	5,0	-1,2	17,8	-2,2
	1993	1,4	6,3	4	7,9	4,0	0,2	18,4	-2,5
	1994	2,3	5,6	4	7,9	6,0	6,2	17,7	-2,4
Luxem- burg	1992	3,2	4,5	-	-	1,9	0,5	1,9	0,3
	1993	3,6	3,2	-	-	0,3	1,3	2,6	1,1
	1994	2,2	4,1	-	-	2,3	1,5	3,3	1,3
EG- Länder	1992	3,9	5,5	-76	-0,9	1,0	1,1	9,1	-5,0
	1993	3,4	4,5	6	0,2	-0,5	-1,8	10,2	-6,3
	1994	3,0	5,2	19	0,2	2,6	2,1	10,5	-5,8

a Finnland, Schweden, Österreich sind am 1. 1. 1995 der Europäischen Union beigetreten.

1 Umlaufrenditen langfristiger öffentlicher Anleihen, deflationiert mit den Veränderungen der Verbraucherpreise.

2 Daten entsprechen der Definition des SAEG, basierend auf der Arbeitskräfteerhebung.

3 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

4 a = Westdeutschland

b = Gesamtdeutschland

5 Leistungsbilanzangaben schließen Luxemburg ein.

Quellen: OECD, IWF, EG-Kommission und nationale Statistiken.

Die Wachstumsperspektiven der 15 Unionsländer haben sich für 1995 unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – anhaltend rasche Zunahme der Exporte in die übrige Welt, gestiegene Gewinnerwartungen und spürbare Erholung gewerblicher Investitionen sowie allmähliche Ausweitung der Beschäftigung und damit

verbunden eine Zunahme des privaten Verbrauchs – weiter aufgehellt. Das reale BIP der EU dürfte 1995 – so auch die Schätzungen von Kommission, OECD, IWF und der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute in Deutschland – um etwa 3% zunehmen⁵.

Wiederbelebung der Investitionstätigkeit und moderate Verbrauchszunahme

Eine rege Auslandsnachfrage und eine Lockerung der Geldpolitik führten zu einer Wiederbelebung der Investitionstätigkeit in der EU. Die realen Bruttoanlageinvestitionen, die 1993 einen absoluten Rückgang von über 5% verzeichneten, nahmen 1994 um 2,6% zu, expandierten also mit derselben Wachstumsrate wie das BIP. Die Zuwachsraten der Ausrüstungsinvestitionen lag dabei etwas unter der der Bauinvestitionen (2,8%). Absolute Rückgänge der Anlageinvestitionstätigkeit verzeichneten von den Unions- und Beitrittsländern Spanien und Portugal. Hohe Zuwachsraten von über 6% wiesen Dänemark, Irland und Österreich auf.

Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs in der EU hat sich der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten in der Industrie 1994 deutlich erhöht. Damit haben sich die Voraussetzungen für eine Zunahme der Investitionstätigkeit weiter verbessert. Vom 4. Quartal 1993 bis zum 1. Quartal 1995 ist der Auslastungsgrad von 77,4% auf 82,7% angestiegen⁶. Die Spannweite für die Auslastung der industriellen Produktionskapazitäten der einzelnen EU-Länder reichte 1994 jahresdurchschnittlich von 74,9% (Irland) bis 83,9% (Großbritannien). Die anfangs zurückhaltende Investitionstätigkeit deutet darauf hin, daß sie nicht nur konjunkturbedingt, sondern zu einem großen Teil auf unternehmerischen Entscheidungen über zukünftige Strategien bei der Standortwahl und dem Engagement auf Zukunftsmärkten zurückzuführen war⁷. Jüngste Befragungen auf EU-Ebene lassen für die nahe Zukunft einen weiteren Anstieg des Auslastungsgrades erwarten. Dies korrespondiert mit den Aussagen der Unternehmen über die Ausweitung ihrer Produktion und der damit verbundenen Stärkung der Industriekonjunktur. Überdurchschnittlich werden zu dieser Entwicklung die Unternehmen in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Irland beitragen⁸. Zu rechnen ist 1995 mit einem Anstieg der realen Anlageinvestitionen um rund 6% in der EU. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen werden stark expandieren. Die Voraussetzungen dafür wurden nicht zuletzt durch vielfältige Maßnahmen zur Kostensenkung geschaffen.

Der private Verbrauch nahm 1994 – nach absolutem Rückgang im Vorjahr – wieder moderat mit einer Rate von etwa 1,5% zu. Allerdings bleibt die Expansion des privaten Konsums 1995 – Schätzungen gehen von Werten um 2% aus – weiter verhalten, da die verfügbaren Einkommen trotz allmählich zunehmender Beschäftigung real nur wenig stärker als im Vorjahr steigen, denn in einer Reihe von Ländern werden Steuern und Abgaben erhöht und Transferzahlungen gekürzt⁹. Der öffentliche Konsum dürfte angesichts des nach dem Vertrag von

Maastricht vordringlichen Sparsamkeitsgebotes in vielen EU-Ländern 1995 real weiter unterhalb der 1%-Marke zunehmen.

Wichtige außenwirtschaftliche Impulse

In der Leistungsbilanz der EU vollzog sich aufgrund der konjunkturellen Phasenverschiebung zwischen Union und Drittländern ein starker Umschwung: Das Defizit des Jahres 1992 von 0,9% in Relation zum BIP (entsprechend -64 Mrd. \$) wandelte sich in den Jahren 1993/94 in einen Überschuß von 0,2%, entsprechend 6 bzw. 19 Mrd. \$ (vgl. Tabelle). Diese Entwicklung resultierte aus einem deutlichen Anstieg der Außenhandelsüberschüsse, die die erhöhten Defizite in Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz überkompensierten. Die Verbesserung der Handelsbilanz lag in Deutschland, Irland und Italien 1994 gegenüber dem Vorjahr bei 0,5-1% des BIP. Bei einigen Ländern waren keine Veränderungen oder Verschlechterungen in der Handelsbilanz zu verzeichnen.

Die von den Ausfuhren ausgehenden Wachstumsimpulse in der EU dürften angesichts des sich verlangsamenden Wachstums in Nordamerika und der durch den Dollarkursrückgang gebremsten Nachfrage aus Drittländern etwas nachlassen. Andererseits dürfte sich das Wachstum der japanischen Wirtschaft beschleunigen. Mit steigender Inlandsnachfrage werden die Einfuhren in die EU zunehmen. Der zusammengefaßte Leistungsbilanzüberschuß der Unionsländer wird sich – bei nur wenig veränderten Terms of Trade – 1995 vermutlich in der Größenordnung des Vorjahrs (0,2% in Relation zum BIP) bewegen.

Herausforderung Arbeitsmarkt – Rückgang der Inflation

Die Arbeitslosenquote hat sich 1994 gegenüber dem Vorjahr noch weiter erhöht und belief sich auf 10,5% (EG-Definition). Hinter dem Durchschnittswert für die Union insgesamt verbirgt sich eine erhebliche Spannweite der Arbeitslosenquoten in einzelnen Mitgliedsländern: Am unteren Ende, also mit günstigster Position, rangiert Luxemburg mit 3,3%, am oberen Ende Spanien mit 22,4% Arbeitslosen. Mit Ausnahme von Deutschland, Großbritannien, Portugal – sowie den Beitrittsländern Österreich und Schweden – sind die Arbeitslosenquoten überall zweistellig und zum Teil nahe der 20%-Marke (Finnland und Irland). Auch wenn die Arbeitslosigkeit – sie reagiert in der Regel und auch in diesem Fall verzögert auf die Wirtschaftsentwicklung – sich allmählich zurückbildet, bleibt ihr Abbau aufgrund des verbleibenden hohen Sockels an Arbeitslosen das drängendste Problem in der EU. Der seit Anfang der 70er Jahre von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus zu beobachtende Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ein Indikator dafür, daß erhebliche strukturelle Schwierigkeiten für den Anstieg der Arbeitslosigkeit mitverantwortlich sind. Eine harmonisierte Arbeitsmarktumfrage der Kommission in 11 EU-Ländern (ohne Luxemburg) in Industrie und Einzelhandel zeigte, daß von den Arbeitssuchenden in Irland, Portugal und Spanien 52-64%

ohne berufliche Qualifikation sind, in Dänemark, Deutschland und Frankreich nur etwa ein Drittel¹⁰. Die Beschäftigungsprobleme sind – wie bereits diese strukturellen Gegebenheiten verdeutlichen – in einzelnen Unionsländern unterschiedlich. Die Arbeitsmärkte selbst unterscheiden sich in ihren Charakteristika von Land zu Land. Reformen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der Rückführung der Arbeitslosigkeit müssen daher an den spezifischen Gegebenheiten des jeweiligen Landes anknüpfen. Eingehende Untersuchungen des HWWA-Instituts¹¹ zeigen, daß die stärksten ordnungspolitischen Flexibilitätshemmnisse¹² auf den Arbeitsmärkten Belgiens, Griechenlands, Italiens, Portugals und Spaniens und dem der Niederlande herrschten. Unter den Beitrittsländern waren sie besonders hoch in Österreich. Allerdings ist eine Beseitigung der mikroökonomischen Flexibilitätshemmnisse für eine Gesundung der Arbeitsmärkte allein nicht ausreichend. Der Grund liegt darin, daß die Flexibilität der Arbeitskosten durch die Struktur der Lohnfindungssysteme entscheidend mitbestimmt wird, die die Ordnungspolitik kaum beeinflussen kann. Allerdings haben fast alle Unionsländer zu hohe Flexibilitätshemmnisse bzw. Arbeitskosten¹³. Jüngere Befragungen auf EU-Ebene über die externe Flexibilität von Arbeitskräften, d. h. deren geographische Mobilität innerhalb des gemeinschaftlichen Arbeitsmarktes, zeigen, daß gut 40% der befragten Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Arbeitslosen bereit sind, in einem anderen EU-Land zu arbeiten. Bei den Arbeitssuchenden scheint die Bereitschaft, im Ausland zu arbeiten, überdurchschnittlich hoch bei Briten, Italienern, Portugiesen und Spaniern zu sein. Dagegen sind nur wenige Deutsche bereit, Arbeit in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu suchen¹⁴.

Der Anstieg der Verbraucherpreise ist auch 1994 weiter zurückgegangen und betrug 3%. Dabei näherten sich, wie die Entwicklung der Standardabweichungen zeigte, die Preissteigerungsraten im Zeitraum 1992–94 einander an¹⁵. Deutlich über dem EU-Durchschnitt lagen mit ihren Inflationsraten – bei rückläufiger Entwicklung – Italien (4,0%), Portugal (5,3%) sowie Spanien mit leichter Zunahme des Preisanstiegs auf 4,8% und – weiterhin zweistellig und damit trotz des Rückgangs der Preissteigerungsrate höchst unbefriedigend – Griechenland. Unter den Beitrittsländern wies Finnland den niedrigsten Preisanstieg auf und war mit seiner Inflationsrate von 1,1% auch im Vergleich mit den 12 Unionsstaaten preisstabilstes Land (vgl. Tabelle). Die allgemeine Tendenz zum Rückgang der Preissteigerungsraten vollzog sich sowohl in den Sektoren, die international handelbare Güter und Dienstleistungen herstellten, als auch in den Branchen, die für den Inlandsmarkt produzierten. Ohne Anhebung indirekter Steuern hätte der Preisanstieg insgesamt niedriger ausfallen können¹⁶. Der Desinflationssprozeß wird sich weiter fortsetzen, allerdings wohl mit wachsender Kapazitätsausnutzung im Lauf von 1995 zu Ende gehen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte 1995 bei knapp unter 3% liegen.

Besserer Policy Mix zwischen Geld- und Finanzpolitik notwendig

Der seit einigen Jahren überwiegend verfolgte stabilitätsorientierte geldpolitische Kurs in der EU¹⁷ wurde auch 1994 fortgesetzt. Die Notenbanken in der EU hielten es überwiegend für angemessen, den 1992 begonnenen Kurs der schrittweisen Leitzinssenkung fortzuführen und damit den Aufschwung monetär abzusichern. Damit wurde bis Mitte 1994 eine Senkung der kurzfristigen Zinsen ermöglicht. In der zweiten Jahreshälfte haben dann allerdings das im konjunkturellen Vorlauf befindliche Großbritannien sowie Italien und das Beitrittsland Schweden – bei den beiden erstgenannten Ländern nicht zuletzt wohl deshalb, weil offenbar kein Vertrauen in eine nachhaltige Verringerung der überdurchschnittlich hohen Budgetdefizite begründet werden konnte¹⁸ – die Notenbankzinsen wieder angehoben. Die Zinssenkungen der Deutschen Bundesbank erleichterten es den Notenbanken der am EWS-Wechselkursmechanismus teilnehmenden Länder – Italien und Großbritannien gehören gegenwärtig nicht dazu – die Zinsen zurückzunehmen, ohne die inländische Währung unter Abwertungsdruck zu setzen¹⁹. Angestiegen sind dagegen die langfristigen Zinsen von Dezember 1993 bis Dezember 1994 in der 12er Gemeinschaft – bei Unterschieden von Land zu Land – um 2,7% und den Beitrittsländern zwischen 1,6% (Österreich) und 3,4% (Finnland)²⁰. Dieser Zinsanstieg ist nur durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren erklärbar²¹: verstärkte Kapitalnachfrage im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs, verschärft durch die zinsrobuste öffentliche Nachfrage; Ausstrahlung des früher einsetzenden Zinsanstiegs in den USA auf den europäischen Kapitalmarkt; Einschätzung der Zinssenkungsstrategie der europäischen Notenbanken vielerorts als Verstoß gegen eine auf Geldwertsicherung ausgerichtete Politik. Die Erwartung einer Beschleunigung der Inflationsrate in der EU und den drei Beitrittsländern hat sich 1994 nicht bestätigt. Die Entwicklung am „kurzen Ende“ und am „langen Ende“ des Marktes verdeutlichen wiederum die Gratwanderung der Geldpolitik zwischen Konjunkturstimulierung und Geldwertstabilisierung: positiven Impulsen durch niedrige Zinsen standen mögliche dämpfende Effekte durch die dem Einfluß der Zentralbanken nur im geringen Maße unterliegenden langfristigen Zinsen gegenüber²².

In der konjunkturellen Expansionsphase 1994 belief sich das Budgetdefizit auf 5,8% (vgl. Tabelle). Das „strukturelle“ Defizit hat sich dabei wohl kaum oder überhaupt nicht verändert²³. Angestiegen ist nicht zuletzt auch als Reflex des beträchtlichen zusätzlichen Nettokreditbedarfs der öffentlichen Hand die als Referenz-Kriterium für einen WWU-Beitritt herangezogene Verschuldungsquote (Schuldenstand in Relation zum BIP) in der Union. Nach einem Anstieg um 5 Prozentpunkte 1993 beträgt sie nach einer weiteren Zunahme von 2 Prozentpunkten im Jahre 1994 69%. Dies, im Zusammenhang mit dem höheren Zinsniveau an den Kapitalmärkten, wird die Haushaltsspielräume noch weiter einengen. Das Maastricht-Kriterium einer zulässigen Verschuldungsquote von maximal 60% erfüllten 1994 nach den vorläufigen Ergebnissen von den zwölf EU-Ländern und

den drei Beitrittsländern nur Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Luxemburg.

Die Defizitquoten wiesen zwischen den Mitgliedsländern erhebliche Unterschiede auf. Lediglich Deutschland, Irland und Luxemburg erfüllten 1994 das Referenzkriterium für einen WWU-Beitritt gemäß dem Vertrag von Maastricht (maximal zulässige Defizitquote: 3%). Griechenland und Italien verzeichneten in der Gemeinschaft der Zwölf – bei leicht zunehmender Tendenz – mit 9,6 bzw. 14,1% die höchsten Werte. Von den Beitrittsländern erfüllte keines das Maastricht-Kriterium und Schweden rangiert mit zweistelligem Wert in der Unions-Spitzengruppe (vgl. Tabelle).

Sorge bereitet vor allem auch, darauf weist das EWI mit Nachdruck hin, daß die Ausweitung der Defizite mit einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben einherging, die ursächlich für vielfältige strukturelle Verkrustungen in den Volkswirtschaften der EU sind, die wiederum zur Erosion der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt beitragen. Deshalb sollte sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den meisten Mitgliedsländern vorrangig über Kürzungen der Staatsausgaben und nicht über Erhöhungen der Steuerlasten für die Privaten vollziehen²⁴.

Der Anstieg der Reallöhne in der Union blieb 1994 stärker als im Jahr zuvor hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, so daß die realen Lohnstückkosten in der Union deutlich zurückgingen. Hier wurde an die Entwicklung Ende der 80er Jahre angeknüpft, die im Zeitraum 1990–92 unterbrochen wurde. Die von daher gestützte Verbesserung der Angebotsbedingungen der Union dürfte sich 1995 wohl fortsetzen.

Perspektiven

1994 war für Entwicklung und Weiterentwicklung der EU ein wichtiges Jahr. Die Rezession 1992/93 konnte rascher als erwartet überwunden und die Gemeinschaft auf den Pfad des Wachstums zurückgeführt werden. Seit dem ersten Januar befindet sie sich in der Zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, in der wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellungen eingeleitet werden. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven nach Überwindung der Rezession in der Union ändert nichts an den großen Herausforderungen, denen sich Gemeinschaft und ihre Mitgliedsländer gegenübersehen. Auch wenn sich die 1994 bei fast 11% liegende Arbeitslosenquote der Gemeinschaft im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs zurückbildet und 1996 möglicherweise knapp unter 10% liegt, wäre das ein höchst unbefriedigendes Ergebnis. Hinter diesem Durchschnittsergebnis verbirgt sich ein breites Spektrum unterschiedlicher Länderergebnisse. Erheblicher Reformbedarf für den Arbeitsmarkt besteht – angesichts der fast überall zu beobachtenden hohen Flexibilitätshemmnisse bzw. Arbeitskosten – bei allen EU-Ländern, wenn auch mit zum Teil unterschiedlichen Schwerpunkten²⁵. Die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze erfor-

dert zudem weitgehende strukturelle Reformen. Abzuschaffen sind unnötige bürokratische Regulierungen. Das gilt nicht nur für die nationale, sondern auch für die europäische Ebene. Als ein Schritt in die richtige Richtung erscheint die Einsetzung eines Expertengremiums („Molitor-Gruppe“) durch die Kommission, das Vorschläge zur Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts und zum Abbau unnötig belastender Vorschriften unterbreiten soll²⁶. Fortzuführen wären – aus Gründen des Wettbewerbs – die in einer Reihe von Ländern erfolgreich begonnenen Privatisierungen von staatlichen Unternehmen. Der Staat sollte sich deshalb auf seine Kernaufgaben zurückziehen. Abzubauen wären auch Subventionen, denn ihr Hauptrechtfertigungsgrund – Marktversagen – ist in den seltensten Fällen nachweisbar. Obwohl aufgrund der schädlichen Wirkungen von Subventionen auf Wachstum, Beschäftigung und Leistungsbereitschaft immer wieder, primär von wissenschaftlicher Seite, diese Forderung erhoben wird, stößt diese ordnungspolitisch beste Lösung auf starken politischen Widerstand, da die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft unterschätzt wird.

Die am 1. Januar 1994 in Kraft getretene Zweite Stufe der WWU dient der umfassenden Vorbereitung der spätestens für 1999 vorgesehenen Endstufe der WWU. Wichtige Arbeit für die Schaffung der Voraussetzungen zum Übergang in die Dritte Stufe wird das EWI leisten. Dies geschieht einerseits durch die Förderung der geldpolitischen Koordination zwischen den EU-Ländern, denn in der Zweiten Stufe bleibt die Geldpolitik weiter in nationaler Verantwortung. Andererseits bereitet das EWI den regulatorischen, organisatorischen und logistischen Rahmen vor, den das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) benötigt.

1995 besteht die EU aus 15 Staaten. Das Gebiet der Union hat um 37%, die Zahl seiner Bürger um rund 6% und sein Bruttoinlandsprodukt um etwa 7% zugenommen. Durch den Beitritt dürfte die EU – legt man die bisherige Ausrichtung der Neumitglieder nach außen zugrunde – neue Impulse für Offenheit, weltweite Arbeitsteilung und Wettbewerb erhalten.

Anmerkungen

- 1 Die Tabelle der Wirtschaftsindikatoren für die EU schließt auch die am 1. 1. 1995 der Union beigetretenen Länder Finnland, Österreich und Schweden ein.
- 2 Vgl. Deutscher Bundesbank: Geschäftsbericht 1994, S. 100.
- 3 Vgl. Großer, Günter: Perspektiven der Weltwirtschaft im Jahre 1995, in: Konjunktur von morgen 930 (1995), S. 1.
- 4 Die Vorausschätzungen der EU-Kommissionsdienststellen im Frühjahr 1994 lagen etwa einen Prozentpunkt unter diesem Wert.
- 5 Vgl. Großer, a. a. O., S. 4; Arbeitsgemein-

schaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1995, Berlin 6. 4. 1995, S. 12.

- 6 Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: Kapazitätsauslastung; Investitionen in der Industrie in 1994 und 1995, in: Europäische Wirtschaft, Beiheft B, 2 (1995), S. 2.
- 7 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1994/95, Bundestagsdrucksache 13/26 v. 21. 11. 1994, Ziffer 18.

- 8 Vgl. ebd.
- 9 Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute, a. a. O., S. 11.
- 10 Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: Arbeitsmarktumfrage bei den Arbeitnehmern, in: Europäische Wirtschaft, Beiheft B, 10 (1994), S. 6.
- 11 Krägenau, Henry/Wetter, Wolfgang u. a.: Länderspezifische ordnungs- und strukturpolitische Anforderungen beim Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Gutachten), Hamburg 1994.
- 12 Als Indikatoren für ein ländermäßiges Ranking wurden herangezogen: Indexierung, Mindestlohn, Lohnersatzleistungen, Lohnnebenkosten, Kündigungskosten, Arbeitszeit, Überstunden, Wochenend-, Nacharbeits-, Ruheregelungen, Zeitarbeit. Vgl. Krägenau/Wetter, a. a. O., S. 354 ff.
- 13 Vgl. Krägenau/Wetter, a. a. O., S. 353 ff.
- 14 Vgl. Europäische Kommission, Europäische Wirtschaft, a. a. O., S. 6.
- 15 Vgl. Europäisches Währungsinstitut: Jahresbericht 1994, Frankfurt 1994, S. 13 f.
- 16 Vgl. ebd., S. 15 f.
- 17 Präzise: in den Ländern der Europäischen Union; denn in der Zweiten Stufe der WWU bleibt die Geldpolitik noch in nationaler Verantwortung.
- 18 Vgl. Großer, a. a. O.
- 19 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., Ziffer 19.
- 20 Zu den Daten vgl. Europäisches Währungsinstitut, a. a. O., S. 22.
- 21 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., Ziffer 19. S. dazu auch Rahmsdorf, Detlev: Währungspolitik, in diesem Band.
- 22 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., Ziffer 19.
- 23 Vgl. dazu im einzelnen: Europäisches Währungsinstitut, a. a. O., S. 27 ff.
- 24 Vgl. ebd., S. 30.
- 25 Vgl. Krägenau/Wetter, a. a. O.
- 26 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1995, Bundestagsdrucksache 13/370 v. 2. 2. 1995, Ziffer 98. Die Arbeitsgruppe wird ihren Abschlußbericht im Sommer 1995 vorlegen, mit konkreten Vorschlägen, wie in der EU Vorschriften z. B. zum Umweltrecht, zur Beschäftigung, zur Lebensmittelhygiene sowie zu technischen Standards gelockert und vereinfacht werden können. Vgl. ebd., Ziffer 41.

Weiterführende Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. (Hrsg.): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1995, Berlin 1995.
- Europäisches Währungsinstitut: Jahresbericht 1994, Frankfurt a. M. 1995.
- Krägenau, Henry/Wetter, Wolfgang/Weilepp, Manfred/Köhler, Petra: Länderspezifische ordnungs- und strukturpolitische Anforderungen beim Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Gutachten), Hamburg 1994.
- Krämer, Hans: Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Caesar, Rolf/Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.): Maastricht – Königsweg oder Irrweg zur Wirtschafts- und Währungsunion?, Bonn 1994, S. 219 ff.
- OECD: Assessing Structural Reform – Lessons for the Future, Paris 1994.